

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Preis der Abh.
Die einjährig. Abh.
über den Raum 10
Reichsmark 10.00
Schriftleitung und
Geschäftsführer:
Hans Gies, Himmeritz 10.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Hans Gies, Himmeritz 10.

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

260

Bad Gmünd, Dienstag, den 11. November 1919

71 Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Die Wahlen in Oberschlesien.

Am 10. Nov. Das Gesamtergebnis der ober-schlesischen Wahlen läßt sich dahin zusammen-fassen: Die Wahlberechtigung betrug 60 Millionen. Die Wahlberechtigung betrug 60 Millionen. Die Wahlberechtigung betrug 60 Millionen.

Ausfließen des Berliner Streiks.

Berlin, 11. Nov. Laut Vorwärts geht der Metall-streik in Berlin zu Ende. Die bisher vorgenom-menen Maßnahmen lassen darüber keinen Zweifel. Die Streik-kräfte mit dem bisherigen Ergebnis der Abstimmung werden die Wiederaufnahme der Arbeit wieder-nehmen. Alle Streikenden und Angehörigen sind heute in ihre Betriebe zurückgekehrt.

Miserable im Osten.

Berlin, 11. Nov. Ueber die diesjährige Ernte im Osten von Ostpreußen-Jahresanfang im Verh. Ostpreußen: Die Ernte der Getreideernte ist größtenteils ver-schollen. Die Ernte der Getreideernte ist größtenteils ver-schollen. Die Ernte der Getreideernte ist größtenteils ver-schollen.

Verbot der russischen Zeitung.

Berlin, 10. Nov. Das Erscheinen der russischen Zeitung auf drei Tage untersagt worden. weil das Blatt in Artikel seiner Montagsnummer in der Kriegsge-schichte der deutschen Regierung ein unerhörtes Maß an gegen die eigenen Landesränder vorgeworfen hat.

Besiedelung der Grafschaft Diez in der jüngeren Steinzeit und der Bronzezeit.

Die jüngere Steinzeit.

Die Besiedelung unserer Heimat in der jüngeren Steinzeit ist eine der interessantesten Perioden. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit.

Die Besiedelung unserer Heimat in der jüngeren Steinzeit ist eine der interessantesten Perioden. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit.

Die Besiedelung unserer Heimat in der jüngeren Steinzeit ist eine der interessantesten Perioden. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit.

Die Besiedelung unserer Heimat in der jüngeren Steinzeit ist eine der interessantesten Perioden. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit.

Die Besiedelung unserer Heimat in der jüngeren Steinzeit ist eine der interessantesten Perioden. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit.

Die Besiedelung unserer Heimat in der jüngeren Steinzeit ist eine der interessantesten Perioden. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit.

Die Besiedelung unserer Heimat in der jüngeren Steinzeit ist eine der interessantesten Perioden. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit.

Die Besiedelung unserer Heimat in der jüngeren Steinzeit ist eine der interessantesten Perioden. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit. Sie liegt auf dem Übergang von der Steinzeit zur Bronzezeit.

Rückzug der Rumänen aus Budapest.

Der Berliner Lokal-Anzeiger berichtet: Das rumänische Oberkommando habe sich gestern in einer Pro-klamation bereit erklärt, Budapest zu räumen.

Mag. Klinger erkrankt.

Der Berliner Lokal-Anzeiger berichtet: Der Mag. Klinger, der jetzt 62 Jahre alt ist, einen Schlaganfall erlitten haben. (Mag. Klinger ist ein be-rühmter Bildhauer, dessen „Verstehen“ seiner Zeit viel Auf-sehen und Widerspruch erregte.)

Die Kohlen- und Verkehrsfrage.

Das Reichsverkehrsministerium teilt unter dem 7. November mit: Die einschneidenden Maßnahmen der Eisenbahnerverwaltung haben im Ruhrgebiete bereits zu einer nennenswerten Steigerung der Wagnisse für Kohlen, Holz und Bräunung geführt. Während in den ersten vier Monaten der vorigen Woche die Wagnisse im ganzen 55.381 Wagnisse, d. h. im wöchentlichen Durchschnitt 14.595 Wagnisse betrug, stieg sie in den ersten vier Tagen der laufenden Woche auf 70.714 Wagnisse, mithin auf wöchentlich 17.679 Wagnisse. Die Steigerung beträgt mithin im wöchentlichen Durchschnitt rund 3000 Wagnisse, das sind mehr als 20 v. H. Am Donnerstag wurden annähernd 12.500 Wagnisse gestellt, eine Zahl, die seit Juli nicht mehr erreicht worden ist.

Das württembergische Staatsministe-rium hat beschlossen, die Reichsregierung auf dringende zu ersuchen, 1. das gesamte Verkehrsnetz mit sofortiger Wir-kung einer mit wachsenden Maßnahmen ausgeführten Zentralbetriebsleitung zu unterstellen; 2. Vor-sorge zu treffen, daß auch nach dem 15. November durch ge-eignete Einschränkungen des Personenverkehrs die Möglich-keit und ausreichende Leistungsfähigkeit des Gü-terverkehrs auf allen deutschen Eisenbahnen gesichert ist; 3. den Personenverkehr an Sonntagen auf allen deutschen Eisenbahnen bis auf weiteres zu unterstellen; 4. die Pen-sionierung von Personalkraften nur an Werktagen und nur gegen besondere behördliche Erlaubnis zuzulassen; 5. eine besondere Überwachung zur Sicherstellung regel-mäßiger, ausreichender Kohlentransporte auf dem Rhein und durch die Bahn nach Süddeutschland einzuführen; 6. eine weitere Einschränkung des Verkehrs an Gas und elek-trischem Strom für das ganze Reich einheitlich durchzu-führen und ebenso eine einheitliche Sperrenzeit für alle öffentlichen Lokale vorzuschreiben, die nicht nach 10 Uhr abends liegen soll. — Die Bevölkerung Süddeutschlands vermag die ihr aufgetragenen, überaus harten Ein-schränkungen fernerhin nur dann zu tragen, wenn sie Gewißheit hat, daß die für den Kohlenbezug günstiger liegenden Reichs-straßen denselben Einschränkungen unterworfen sind.

Die Brennstoffwirtschaft im besetzten Gebiet. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Berlin, hat mit sofortiger Wirkung hinsichtlich der Brennstoffwirtschaft im besetzten Gebiet bestimmt, daß die Brennstoffverteilung in Zukunft in der Weise geregelt wird, wie sie vor dem Waffenstillstand stattgefunden hat. Die Verteilung der Brennstoffe für das besetzte Gebiet wird nach den Anweisungen des Reichskohlenkommissars in Berlin durch die zuständigen amtlichen Verteilungsstellen vorzunehmen. Die Verbraucher haben sich demnach wegen der Anweisung in Zukunft an diese Stellen zu wenden. Im Zusammenhang mit dieser Regelung fällt die Einstellung besonderer Monats-melbefürden der mangelhaften gewerblichen Verbraucher im besetzten Gebiet an die amtliche Verteilungsstelle in Köln, sofern nicht rheinische Braunkohlen und Bräunung in Frage kommen, in Zukunft fort. Die Hausbrandbezug-Scheine gehen den Versorgungsstellen in Zukunft unmittelbar von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin zu.

Ausfuhrverbot für Saarkohle. Die der Zentralfunktion mitteilt, hat General-Abnehmer bestimmt, daß jede Ausfuhr von Kohlen aus dem Saargebiet nach Deutsch-land oder nach neutralen oder mit Frankreich verbündeten Ländern zeitweilig eingestellt wird; außerdem werden den Bergarbeitern Überstunden bezahlt, um der Kohlennot Frankreichs zu helfen.

Kartoffeln gegen Kohlen. Aus Saarbrücken wird gemeldet: In einer Besprechung der französischen Lebensmittelkontrolle mit den Vertretern der Bauern- und Arbeiterorganisationen wurde die Verteilung der fran-zösischen Kartoffeln mitgeteilt. Kartoffeln nach dem Rhein-Deutschlands zum Eintausch von Kartoffeln sofort ab-zurufen zu lassen. Insgesamt sollen täglich 60 bis 80 Tonne Kohlen zur Verfügung gestellt werden. Für eine Tonne Kohlen sollen 10 Tonne Kartoffeln geliefert werden. Das Angebot der Saarbrücker hingegen, eine Ueberbucht zu verfahren, deren Förderung zur Erlangung rechtsrheinischer Kartoffeln dienen sollte, ist von der französischen Verge-bung abgelehnt worden. Dem Lebensmittelamt der Stadt Saarbrücken gelang es, von den industriellen Werken des Saargebietes 500 Tonne Thomasmehl und Ammoniak zu erlangen, die als Gegenwert für Kartoffeln soeben über den Rhein gegangen sind.

Der Schnellzugverkehr nach dem 15. No-vember. Die unbesetzte Lage in unserer Kohlen- und Kartoffelversorgung macht es unmöglich, nach Beendigung der jetzt eingeführten Sperre des Personenverkehrs den Ver-kehr am 15. November in vollem Umfang wieder aufzuneh-men. Wie dazu mitgeteilt wird, kommt auf den einzelnen Strecken voraussichtlich nur noch ein Schnellzug in jeder Richtung in Frage. Die Zahl der Fahrten für diese Züge wird beschränkt. Speisewagen werden voraussichtlich nicht mehr eingereicht. Schlafwagenplätze erster Klasse werden nicht mehr verkauft, sondern nur solche zweiter Klasse, um

doch gerade die neolithische Zeit dadurch für uns von ganz besonderem Interesse, daß in ihrem Abschnitt zweifellos die Einwanderung der indogermanischen Rasse, also der noch heute anhängigen Menschheit, nach Deutschland, wie überhaupt nach ganz Mitteleuropa stattfand.

Zwischen den Bewohnern der Steineren Höhlen aus der paläolithischen Zeit und den neolithischen Wanderern des Rösser Zeils liegt eine Zeitpause von vielen tausend Jahren, für die in unserer näheren Heimat jede Spur mensch-licher Besiedelung fehlt.

Die Ansichten der Forscher über diesen Zwischenraum gehen auseinander. Während die einen annehmen, daß der Mensch der älteren Steinzeit den nach Norden abwandernden Neandertalern gefolgt sei, treten andere für das gänz-liche Aussterben der ersten in Europa nachweisbaren Menschheit ein.

Wie dem auch sein mag, das eine steht jedenfalls fest, die Bewohner der Steineren Höhlen aus der jüngeren Stein-zeit sind keine direkten Nachkommen der Europäischen Ur-rasse, die wir in der älteren Steinzeit dort angesiedelt fanden, sondern neue Einwanderer.

Die frühesten jungsteinzeitlichen Spuren in Mitteleuropa zeigen sich sowohl in den Resten der Pfahlbauten im Gebiet der Alpen in der Schweiz, Süddeutschland und Ostdeutschland, als auch in zahlreichen Landanhebungen Ober-Italiens, Ungarns, Süds- und Westdeutschlands. In der Nähe von Göttingen, bei Urmitz a. Rh. und Marzen an der Elbe, wurden vor mehreren Jahren zwei dieser Zeit entstammende Ansiedlungen entdeckt, deren Ausgrabungen uns eine Menge wertvoller Aufschlüsse über die kulturellen Verhältnisse ihrer Bevölkerung geben.

Die Menschen, die damals jene Gegend bewohnten, waren keine Nomaden, keine herumziehenden Jäger und Fischer mehr, wie die Bewohner Europas in der älteren Steinzeit. Wir haben es bei den Neolithikern vielmehr mit sesshaften Leuten zu tun, bei denen zwar Jagd und Fischfang noch die Hauptbeschäftigung bildeten, bei denen aber auch Ackerbau und Viehzucht wohl bekannt und recht gut entwickelt waren.

Die Pfahlbauten des Alpengebietes und die großen Land-anhebungen von Urmitz und Marzen zeigen uns bereits ein Volk mit ausgeprägtem Gemeinleben, mit mehr oder minder organisierten staatlichen Verbindungen.

In der Niederlassung von Marzen a. B. finden wir eine wohlausgebaute, von Wall und Graben umschlossene Stadt, während die neolithische Festung bei Urmitz als starkes Bollwerk in Zeiten der Gefahr, als sogenannte Ringburg, er-scheint, in der ein ganzes Volk samt Vieh und sonstiger Habe Schutz und Zuflucht finden konnte.

Die Anlage bestand aus zwei mächtigen, tiefen Zohl-gräben, zwischen denen der Erdwall angehäuft war. Eine Palisadenwand hinter dem zweiten Graben verstärkte das

Ganze. An zahlreichen Stellen führten Tore in das Innere, die durch Holzverschanzungen im Falle der Gefahr verriegelt werden konnten.

Die dort erhobenen Funde sind die gleichen, wie man sie bereits früher in einer ähnlichen Landanhebung bei dem Michaelsberg bei Untergrombach in Baden und in den Pfahlbauten gemacht hat, weshalb auch diese neolithische Zeit-lasse als Michaelsberg- oder Pfahlbauperiode bezeichnet wird. Sie gilt als der älteste der jungsteinzeitlichen Kulturabschnitte.

Nur vor dem Kriege (Juni 1913) ist eine ähnliche An-lage wie die Marzen-Urmitz auch bei Schlierstein a. Rh. festgestellt worden, der ebenfalls der Pfahlbauperiode ent-stammende Funde entnommen wurden; jedoch steht eine ein-gehendere Untersuchung noch aus.

So ist auch für diesen ersten Abschnitt der neolithischen Zeit die Besiedelung unserer Nassauer Landes nachgewiesen, wenn auch bisher nur in dieser einen noch nicht völlig auf-gelärten Niederlassung.

Sehr viel zahlreicher bevölkert scheint unsere Heimat je-doch in der folgenden handkeramischen Periode gewesen zu sein, aus der, wie schon erwähnt, auch unsere Steineren Funde stammen.

Um die Erforschung der handkeramischen Bevölkerung, wie sie die Wissenschaft aus Mangel an sonstiger Ueberle-bung nennt, haben sich Männer wie Koch-Worms, Sch-macher-Mainz, Ritterling-Wiesbaden und Schütz-Heilbronn besonders verdient gemacht.

Nach den Ergebnissen ihrer unermüdbaren Forschungen dürfte man heute vier Zeitabschnitte unterscheiden, die die Hinkelsteinkultur (so gen. nach dem Haupt-fundort Hinkelstein bei Worms),

die Rösser-Kultur (so gen. Rössen in Thüringen), die Großgartacher-Kultur (so gen. Großgartach bei Heilbronn) und

die Spitalmündener-Kultur (so gen. nach der eigen-artigen Verzierung der Gefäße).

Man nimmt an, daß diese verschiedenen Kulturkreise auch verschiedenen Völkern entsprachen, und rechnet deshalb heute allgemein von Hinkelsteinern, Rössern, Großgartachern und Spitalmündenern. Zweifellos dies zu-trifft, läßt sich auf Grund des bisher vorliegenden Fund-materials noch nicht übersehen. Ebenso ist man sich über die Zeitstellung der einzelnen Perioden zu einander noch nicht völlig im klaren. Eine Ansicht dürfte jedoch mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnen, nämlich die, daß wir es bei den Einwohnern der handkeramischen Periode bereits mit den ersten Wellen der Indogermanen zu tun haben, die von Norden und Osten nach Mittel- und Westdeutschland vordrangen und das vorher hier ansässige Volk der Michaels-berg- und Pfahlbaupopulation teils auslöschten, teils in die Alpenregion zurückdrängten. (Schluß folgt.)

eine bessere Ausnutzung des Raums in den Schlafwagen zu ermöglichen.

Die Wirkung der Personenverkehrs-sperre. Die Ausnutzung der Verkehrsleistung, die mit dem Wegfall der Personenzüge verbunden war, wird gehindert durch den starken Kohlenmangel der Eisenbahnen selbst. Eine anhaltende Besserung im Eisenbahnbetrieb ist erst zu erwarten, wenn die Eisenbahnen über Kohlenbestände verfügen, die ihnen die unbedingt notwendige Bewegungsfreiheit gewähren. Die Wirkung der Verkehrsperre hat sich am günstigsten an der Ruhr gezeigt. Die Gesteuerung hat verständlich um 18,9 v. H. zugenommen. Gleichzeitig sind die Anforderungen an Wagen durch die neuen stark zurückgegangen, offenbar eine unmittelbare Wirkung der sehr erhöhten Wagenhaltungskosten. Es zeigt sich jetzt zumeist, daß die Wagen bisher über den täglichen Bedarf angefordert hatten, und daß der Wagenmangel ziffermäßig stark übertrieben wurde. Am Samstag, dem 8. November, sind bereits 400 Wagen mehr gestellt worden als die Wagen beladen konnten. Es hat den Anschein, als könnte die Kohlenverladung mit der Wagenstellung nicht mehr Schritt halten. Außer der täglichen Förderung ist bereits von der Halde verladen worden. Die Wagenbestände an der Ruhr sind auf so daß auch in dieser Woche mit der Befriedigung des Bedarfs gerechnet werden darf, sofern die Witterung nicht zu ungünstig wird. Bisher ist die bessere Abfuhr von der Ruhr in erster Linie Süddeutschland zugute gekommen. In Oberschlesien macht sich die Wirkung der Einstellung des Personenverkehrs infolge der Betriebs- und Verkehrsverhältnisse erst langsam fühlbar, auch hier aber ist die Wagenstellung seit der Sperre schon erheblich gehindert worden. Die Beförderung betrug 25,3 v. H. Es ist anzunehmen, daß auch dort bereits die Verladung von der Halde begonnen hat. Das Wetter ist in Oberschlesien in den letzten Tagen insbesondere für die Verladung im Export-Hafen nicht günstig gewesen; trotz des Frostes läuft der Exportbetrieb aber glatt. Die Kartellverladung ist durch das Frostwetter nicht unbeeinträchtigt geblieben.

Der parlamentarische Unter-suchungsanschuß.

Sitzung vom 7. November.

Die Vernehmung des Admirals Koch wird fortgesetzt.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was die Marinebehörde zu der Auffassung berechtigte, daß ein am 1. Februar einsetzender richtiger Unterseebootskrieg nach Ablauf von fünf Monaten etwa den Erfolg haben müßte, England zur Friedensbereitschaft zu zwingen, führte Admiral Koch aus, daß von einem Versagen der Marine keine Rede sein könne, daß Führung und Opferbereitschaft der Mannschaften über jeden Zweifel erhaben sind. Die Admiralkraft habe nur den Javel verfolgt, England auszuhungern oder auf die Knie zu zwingen. Der Unterseebootskrieg hatte so weit geführt, daß Lloyd George und Wilson auf dem Wege nach Rom waren, um über einen Verständigungsfrieden zu beraten, als der Bericht des Grafen Czernin an seinen Kaiser ihnen bekannt wurde. Aus diesem Bericht hat man geschlossen, daß auch Deutschland vor dem Zusammenbruch stehe. Der Verständigungsgedanke wurde definitiv fallengelassen. Angesichts dieser Umstände konnte die Ablehnung des Reichstags keine andere Wirkung ausüben als das vorangegangene Friedensangebot der Monarchen. Man sah uns schon am Boden liegen. Der Unterseebootskrieg bot berechnete Aussicht auf volle Wirkung und Erfolg. Er war kein Sabotagepiel. Der einzige Fehler war, daß er nicht früher eingesetzt hat.

Oberst Marx teilt als Vertreter des Kriegsministeriums mehrere aufgefängene Funkprüche und abgehörte Telefongespräche mit, die die verheerende Wirkung des Unterseebootskrieges veranschaulichen.

Auf eine Frage des Abg. Gothein führt Admiral Koch dann aus: In der Front waren im Februar 1917: 103 Unterseeboote, im März 121, im April 124, im Mai 123, im Juni 130, im Juli 131, im August 123, im September 132 und im Oktober 134. Versenkt wurden im Februar 781.500, im März 885.000, im April 1.091.000, im Mai 869.000, im Juni 1.016.000, im Juli 811.000, im August 808.000, im September 872.000 und im Oktober 874.000 Tonnen. Unsere Verluste betrugen im Februar 3, im März 6, im April 2, im Mai 7, im Juni 3, im Juli 7, im August 4, im September 9, im Oktober 9 Unterseeboote.

Es wird dann die Art der Feststellung der Versenkungsgisgen erörtert und dabei mitgeteilt, daß von den Angaben des Unterseeboot-Kommandanten 10 Prozent abgezogen und jeder unbekannte Dampfer nur mit 1000 Tonnen gerechnet wurde. Die Vergleiche mit Auslandsmeldungen aufgefängenen Funkprüchen usw. bestätigten die meisten Zahlen oder wurden bei der Berechnung berücksichtigt.

Der Vorsitzende Warminth fragt dann nach der Möglichkeit, die schon ausgefahrenen Boote zurückzurufen, damit der uneingeschränkte Unterseebootskrieg verhindert wurde.

Admiral Koch antwortet: Den Rückgriff zu geben, war technisch natürlich möglich, eine Gewissheit aber keine, daß die Reserven auch ankommen, bestand nicht. Eine Empfangsbestätigung war zu beschaffen. Wir wären Gefahr gelaufen, die feindlichen Schiffe herauszufinden und unsere Unterseeboote zu gefährden. Soweit die Unterseeboote unter Wasser gedrückt waren, konnten sie Funktelegraphisch nicht erreicht werden. Auch konnte schließlich das Personal verladen oder meteorologische Ursachen hindern sein. Die Übermittlung des Befehls hätte höchstens auf gut Glück erfolgen können. Auch bei dem Versuch, der Feindzeit in der Frage der vollständigen Schiffe erreicht worden war, konnte man nicht alle ausgefahrenen Unterseeboote erreichen. Ein Boot schloß vielmehr sechs Schiffe ab.

Dr. Singheim: Wieviel Zeit stand damals zur Verfügung, um die Boote funktentelegraphisch zu erreichen? (Ad-

miral Koch: Ich schätze sechs bis sieben Tage.) In der Zeit vom 29. Januar bis 7. Februar hätte man somit noch wohl alle Unterseeboote erreichen können. Es waren höchstens 21 Boote drinnen.

Admiral Koch: Das kann ich nicht wissen. Wenn auch nur ein einziges Boot nicht erreicht worden wäre, so hätte doch von diesem schon mancher Dampfer abgegraben werden können.

Dr. Singheim: Bei einer so ungeheuer wichtigen Frage — die Friedensvermittlung war angenommen — dürfte nicht verabsäumt werden, und man mußte doch da den normalen Verlauf der Dinge annehmen.

Admiral Koch: Es blieb immer das Risiko.

Dr. Singheim: Wir haben viel Pech im Kriege gehabt. Könnte es uns nicht auch einmal ein Glückfall eintreten? (Allgemeines Gelächter.) Tatsächlich ist vom 7. Februar bis Mitte des Monats kein amerikanisches Schiff torpediert worden. Das Glück wäre uns also hold gewesen.

Nach einer kurzen Erörterung der Kontrolle der englischen Lebensmittelversorgung fragt Dr. Singheim: Könnten die auf Station befindlichen Unterseeboote nicht die anderen benachrichtigen?

Admiral Koch: Das wäre Zufall gewesen.

Konteradmiral v. Bülow: Es handelte sich nicht darum, daß keine amerikanischen Schiffe verlegt wurden, sondern daß kein amerikanischer Bürger verletzt würde oder einen Tod fand. Das hätte auch auf einem englischen Schiffe passieren können.

Dr. Schilling: War es nicht ein jährender politischer Fehler, daß durch das bekannte Interview des Großadmirals Tirpitz, die Absicht preisgegeben wurde, daß man durch den Unterseebootskrieg England völlig absperrten wollte. Müßte dadurch nicht erreicht werden, daß England sich darauf einstellte?

Admiral Koch: Vom militärischen Standpunkt hätte ich jedenfalls das Zuteilnehmen nicht gegeben, aber so schwer schätze ich den Fall nicht. Tirpitz war der Hoffnung, daß der Unterseebootskrieg baldig eintreten würde. Er sah diesen Zeitpunkt als nahe gekommen an.

Hierauf wird Abgeordneter Dr. Strube als Zeuge vernommen über die Angaben, die im Hauptauschuß und Reichstag vom Admiralsstab und Reichsmarinamt über die Unterseebootschiffe gemacht worden sind: Es ist außerordentlich schwer, über den Stand der Unterseebootschiffe ein klares Bild zu verschaffen. Im März 1918 waren insgesamt 23 Unterseeboote frontbereit. Davon waren 11 in der Nordsee. Auch im Januar 1917 waren es nur 20 Boote. Wir besaßen zwar 152 Boote, aber nur 20 waren frontverwendungsfähig. Das muß man stets in Betracht ziehen. Später waren es von 203 Unterseebooten 54 Boote. Das war es verboten, im Hauptauschuß über die Zahl der Unterseeboote irgendwelche Angaben zu machen. Als der uneingeschränkte Unterseebootskrieg beschlossen war, teilte Staatssekretär v. Capelle im Hauptauschuß mit, daß wir 160 Unterseeboote hätten. Er sagte das ohne jeden Zusatz, so daß bei den Abgeordneten der Eindruck entstehen konnte und entstanden ist, daß diese Zahl auch frontverwendungsfähig ist. Es waren aber nur 20 Unterseeboote davon frontbereit und von diesen 20 arbeiteten nur fünf bis sechs an der Wäsche von England. Das ist ein so großer Kontrast, daß Herr v. Capelle auf diesen Punkt hätte aufmerksam machen müssen. Wichtig ist, daß die Zahl der frontbereiten Unterseeboote im Laufe der Jahre 1917 und 1918 nur 33, 43, 47 und noch weiter gestiegen ist. Aber auch diese Zahlen stehen noch im Widerspruch zu den Angaben, die uns im Hauptauschuß des Reichstags gemacht worden sind. Wir haben im Hauptauschuß von Herrn v. Capelle eine außerordentlich scharfe Kritik an der Flottenbauoffizier des Herrn v. Tirpitz gehört. Da aber auch die Zustände unter Herrn v. Capelle sich nicht so entwickeln, wie es notwendig gewesen wäre, schreiben Gothein und ich einen Brief an den Reichskanzler. Um die in diesem Briefe enthaltenen Vorwürfe zu entkräften, erklärte Staatssekretär v. Capelle, daß wir nunmehr gegen 400 Unterseeboote hätten. Die Zahl war unrichtig. Selbst unter Einrechnung aller verlorenen Unterseeboote und der noch nicht erhaltenen Unterseeboote sind es niemals 400, sondern höchstens 300 gewesen. In den 20 Monaten der Amtsdauer des Herrn v. Tirpitz im Krieg sind durchschnittlich je 4000 Tonnen versenkt worden, unter Herrn v. Capelle ungefähr 14000 Tonnen im Monat. Das zeigt, daß die erste Kriegszeit nicht nur für den Unterseebootsbau angesehen werden kann. Von der Frage war es noch schlimmer. Die Werke hätten 1917 137 Unterseeboote bauen können. Belegt wurde nur 56. Es wurden zwar Heftungen im Unterseebootsbau angeordnet, damit der Feuerbetrieb nicht beeinträchtigt wurde. Der Zuwachs an Unterseebooten betrug nicht mehr als 1 v. H. im Monat. Wir haben uns auch an Endenborff gewandt. In der letzten Besprechung der Parteiführer mit Herrn v. Bethmann-Hollweg am 1. Juni 1917 hat Herr v. Capelle erklärt 158 Unterseeboote wären fertig und 250 im Bau. Tatsächlich waren nur 150 Boote im Bau. Die anderen wurden erst Ende 1917 begonnen. Später wurde von Kapitän Brüllinghaus erklärt, alle Boote seien über 1000 479 Boote wären fertig. Davon waren aber 289 Boote noch nicht einmal im Bau begonnen und sind viel später fertig geworden. Man hat nicht einmal alle Boote den Unterseebootsbau dienstbar gemacht. Herr v. Capelle war weniger unterrichtet über die tatsächliche Lage, und so blieb die beste Zeit ungenutzt. Sätten Herr v. Bethmann-Hollweg und der Admiralsstab diese Sachlage früher erkannt, der Unterseebootsbau wäre sicher energischer und eifriger betrieben worden.

Vorsitzender Warminth schlägt vor, jetzt die Verhandlungen abbrechen, da der Admiralsstab wohl die Absicht haben werde, ausführlich auf den Abgeordneten Dr. Strube zu antworten.

H. Capelle stimmt zu, bittet aber, ihm noch ein paar kurze Erwiderungen zu gestatten. Der Abgeordnete Strube

hat mir zwei Vorwürfe gemacht. Den ersten, daß ich den Panzschiffsansatz nicht hinreichend unterrichtet hätte, und zweitens, daß ich nicht so viel Unterseeboote gebaut hätte, wie wir in der Lage gewesen wären, zu bauen. Herr v. Capelle verließ seine aus seiner Rede im Panzschiffsansatz vom 22. März. Die Frage war die, wieviel Unterseeboote dazu gehörten, um die Westküste von England mit den Unterseebootstationen zu besetzen. Im ganzen waren dann 15 Unterseeboote erforderlich. Es waren 20 verfügbar, die an sich genügt, um die drei Stationen zu besetzen. Der Staatssekretär a. D. behält sich weitere Ausführungen für die nächste Sitzung vor. Diese findet am Dienstag statt.

Die neue preussische Provinzialverfassung.

Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände hat nach den Beschlüssen der zweiten Lesung in der Landesversammlung folgende Gestalt bekommen.

§ 1. Die Provinziallandtage sind berechtigt, Provinzialstatuten über folgende Angelegenheiten zu beschließen:

I. 1. Ueber die Zulassung einer anderen Unterrichtssprache neben der deutschen für fremdsprachliche Volksschulen, wobei für den Schutz deutscher Minderheiten ausreichende Fürsorge zu treffen ist (Artikel 113 der Reichsverfassung); 2. Ueber Beginn und Ende der Schulpflicht; 3. Ueber Schulverwaltungsstellen (der Ausschussbeschluss „über die Lage der Religionsstände“ wurde nach dem Antrag Scholich zurückgezogen).

II. Ueber Besonderheiten des Provinzialverfassungsrechts, soweit das Gesetz auf statutarische Regelung vorschreibt oder keine ausdrücklichen Vorbehalte enthält. Das Gesetz gilt für das provinzielle Gemeinde- und Kreisrecht, soweit es sich um Antragsstellung betreffender Judikate handelt.

III. Ueber die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen in gemischtprachigen Landesteilen. (Der Gesetzentwurf stellt auf Antrag Decker die Regierungsbezirke wieder her. Der Ausschussantrag hatte gefordert: Ueber das Verhältniß einer anderen Sprache neben der deutschen bei amtlichen Kundgebungen in gemischtprachigen Landesteilen.)

IV. Ueber die Einrichtung von Beiräten, die den Kreispräsidenten, Regierungspräsidenten und Leitern der staatlichen Polizeiverwaltungen innerhalb der Provinz beauftragen sind. Die Beiräte sind in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung gutachtlich zu hören. Sie werden durch den Provinziallandtag nach den Grundrissen der Verhältnisse gewählt. Durch Provinzialstatut und die weiteren Bestimmungen über die Zusammensetzung der Beiräte zu regeln.

§ 2. Die Provinzialstatuten (§ 1) müssen sich innerhalb der bestehenden Gesetz halten und unterliegen der Bestätigung durch die Staatsregierung. (Damit ist die Regierungsvorlage wiederhergestellt. Der Ausschussantrag hatte gefordert: Die Provinzialstatuten (§ 1) müssen sich innerhalb der bestehenden Gesetz halten. Sie können von der Staatsregierung wegen Verletzung von Gesetzen beantragt werden. Ueber die Berechtigung der Beantragung entscheidet das Oberverwaltungsgericht. Soweit durch Provinzialstatuten die Staatsfinanzen berührt werden, erlangen sie nur durch ergänzende Maßnahmen auf dem Gebiete der finanziellen Gesetzgebung, der Feststellung des Staatshaushaltsplans Rechtswirksamkeit.)

§ 3. Vor Festlegung der Stellen der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und der Leiter der staatlichen Polizeiverwaltung innerhalb einer Provinz ist der Provinzialauschuß zu hören.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die Verhandlungen unter den Parteien der Landesversammlung für eine Einigung über die mitgeteilten Differenzpunkte zum Gesetzentwurf über die Selbständigkeitsrechte der Provinzen haben noch kein Ergebnis gehabt. Auf Verlangen des Zentrums schloß daher am Freitag das Haus die dritte Lesung und die Verabschiedung des Gesetzes bis Montag auf. Der Abgeordnete Decker gab bekannt an, man hoffe, für eine andere Regelung der Verwaltung des Provinzialauschusses bei den Beamten ernennen eine Mehrheit zustande zu bringen. Das Haus trat am Donnerstag beschloß, daß vor Ernennung der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und der Leiter der staatlichen Polizeiverwaltungen der Provinzialauschuß zu hören sei. Ein Zentrumsantrag hatte verlangt, daß die Auschuß drei geeignete Personen in Vorschlag zu stellen, worauf Auswahl und Anstellung durch die zuständigen Organe der Staatsregierung erfolgen. Dieser Antrag war gefallen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Post nach Rußland. Das Deutsche Rote Kreuz schreibt: Briefe und Postkarten für Gefangene, die sich noch im europäischen Rußland befinden, können von den Gefangenen direkt an das Deutsche Rote Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge im Osten, Kowno, Gedinina Gasse 11, gesendet werden oder durch das Zentralamt der Deutschen Rote Kreuz im Osten, Abteilung für Gefangenenfürsorge im Osten, Kowno, Gedinina Gasse 11. Nachforschungen nach Vermissten angeht und können daher derartige Briefe ebenfalls nach Kowno gerichtet werden.

Deutschland.

Aus der Nordmark. Reichskanzler Bauer und Staatsminister Heine trafen Mittwoch nachmittag zu Kurze Besuch in Tondern (Nordischleswig) ein und weilten in einem engem Kreise von Vertretern des Denkschlusses an den westlichen Teilen der ersten Zone. Nach der Begrüßung durch den Landeshauptmann hielt der Reichskanzler eine längere Rede, worin er die Heine einige anordnende, Preussens geschichtliche Verdienste würdigende Ausführungen machte und die Entschlossenheit der preussischen Regierung betonte, die Kriegsschäden in Vönde wiedergutzumachen. Danach wurde alsbald die Abfahrt über Flensburg angetreten.

Der Name 'OSRAM-AZO' auf der Lampe verbürgt allein die Echtheit.



in den Weg, die einmal in der münd-
 lichkeit unserer Ausfuhr und ferne: in den
 verschiedenen des Standes unserer Währung gegenüber
 fremden Ländern wurzeln. Diese sich die erste dieser
 Angelegenheiten auch vielleicht durch eine Beschränkung des
 Ausfuhr auf die hauptsächlichsten für die Ausfuhr im
 kommenden Waren abzuweichen oder berechnen, so ist
 nicht abzusehen, wie die andere ausgearbeitet werden soll.
 Die Kirchenkosten. Der Sanitätsausschuß der
 Provinzialversammlung beriet den Antragsrat und genehmigte
 die unabhängigen Sozialdemokraten die Ausgabe für
 Kirchen und die Geistlichkeit. Die Demokraten erklärten
 ihre uneingeschränkte Zustimmung zu diesen Teilen der
 bestehenden Beschlüsse des Oberkirchenrats und der
 Synode abhängig machen müßten. Auf eine Anfrage
 wurde erklärt ein Regierungsvertreter, daß die Re-
 gierung ihr Befähigungsrecht bei der Vergebung dauer-
 hafter Verträge, soweit dies auf dem Verwaltungs-
 gebiet sei. Die restliche Durchführung dieser Verfas-
 sungsänderungen könne aber nur durch ein besonderes Ge-
 setz geschehen. Ein Antrag Dr. Böhm (D. Bp.) ging dahin,
 daß bisher neben die Verwaltung die Besetzung des Unter-
 richts der Erziehung in den Provinzialschulen obliegen zu
 lassen. Nach eingehender Begründung wurde der Antrag
 angenommen und mit ihm zwei Anträge des Zentrum und
 der Nationalen verbunden, daß in Zukunft prinzipi-
 ell die Stellung des Direktors der Provinzialhochschulen
 einzuräumen sei. Die nächste Woche be-
 ginnt die Verhandlungen über das Reichsfinanzgesetz werden
 einen Vortrag des Unterstaatssekretärs Becker über
 den Reichsfinanzkommissionen eingeführt werden.
 Eine Rede Roskes. Wie die Berliner Arbeiter
 sprach der Reichswehrminister Roske in einer Ver-
 sammlung der Chemnitzer Reichssozialistischen Partei.
 Er sagte, daß sich bei der Partei Mangel an Einsicht
 bemerkbar machte. In Berlin, wo 100000
 Arbeiterlos seien, suchten Waren und Verbrechen
 in der wohnwichtigen Generalstreik weitere Hundert-
 tausend auf die Straße zu setzen. In England sage
 man, an Binsen werden wir jährlich 10 Milliarden
 verlieren, d. h. doppelt soviel im Jahre, als die gesamte
 Produktion vor dem Kriege ausmachte. An politischen Reich-
 tum alles erreicht, was wir erstreben haben. Aber
 können wir allein bringen man kein Fortschritt auf.
 Wir haben die Sozialisierung auf eine andere
 angeordnet. In diesem Winter werden das Reichs-
 tagen zugehen, nach denen die großen Unterneh-
 mer in Preußen besteuert werden sollen. Sie werden dann
 zu besser bezahlten Angestellten ihres Betriebes.
 Roske sprach dann weiter über den Abmachungs-
 stoff, über die angeblichen reaktionären Verschwö-
 rungen über die Angriffe auf die Reichswehr und er-
 klärte, mit einer hohen Hand könne das Deutsche Reich
 geführt werden. An die Weltrevolution glaube er nicht,
 aber sie käme, könne sie Deutschland nicht heilen. Eine
 Revolution in Amerika müsse zur Folge haben, daß
 Millionen Menschen bei uns mit dem Tode bedroht würden.
 Die Revolutionsfeiern in München und
 München in voller Ruhe. In Berlin hielten
 die Sozialisten und die Unabhängigen getrennte Feiern
 und Demonstrationen fanden nicht statt. Auf dem
 Fest der Reichs-Gesellschaften wurden einige Kränze überreicht.
 Die Reichssozialisten veranstalteten ebenfalls
 ein Gesellschaftshaus, Restaurant und Schul-
 lehrer. In Dr. David, Richard Fischer, Nauck,
 Juchacz, Adèle Schreiber, Scheidemann, Birk
 und hervorragende Mitglieder der Partei. In
 diesen Vorträgen und musikalische Darbietungen
 wurde der ganze Tag der Feier gewidmet.

Fortsetzung folgt.

bleib uns nur noch eine elende Mansarden-
 einer schmutzigen Straße des Nordens.
 müßten unser Glück woanders versuchen, meinte
 Roerber.
 verkaufte seine beiden letzten Bilder, die er in
 und mit hinübergerettet hatte, für ein paar hundert
 und dann begann ein unsägliches Wanderleben.
 überall blieben wir nur Wochen. Zu ausdauernder
 hatte mein Gatte längst keine Lust mehr. Er malte
 noch Reißamebilder. Das Sündengeld, das er
 erhielt, reichte gerade hin, um uns vor dem Ver-
 zu schützen.
 schließlich malte er überhaupt nichts mehr. Er war
 alles gleichgültig geworden. — Vor einem Monat
 wir fast mittellos nach München. —
 wurde es anders werden, versicherte mein
 Er wolle arbeiten, und wenn er Häuser anstreichen
 schauderte vor der uns bevorstehenden Zukunft.
 hatte einsame Stunden in Mengen, um über den
 Niedergang meines Glückes zu grübeln und mit
 zu hadern. Denn mein Gatte ließ mich
 in der engen Hofwohnung, die nur aus einer
 lichtlosen, dämpten Kammer bestand, allein. Da
 nun dicht am Fenster und suchte das kleine, winzig
 schaden Himmelabblau über mir und rang meine
 und matt. Erst in später Abendstunde kam
 Gatte heim. Immer war er zerstreut und selbge-
 und in seinen Augen brannte ein flackerndes, un-
 heuer. Er hatte noch keine Beschäftigung gefunden,
 seine künftige Entgegnung, wenn ich mich nach dem
 seiner Bemühungen erkundigte. Aber ich glaube,
 überhaupt nicht mehr. . . .
 was war aus dem Hans Roerber, dem ich mich
 Freilinghausen zu eigen gegeben hatte, ge-
 Du packte mich ein Grauen, wenn ich die Ver-
 bedachte, und ich begann mich vor dem Men-
 nicht mehr Hans Roerber war, sondern der
 namen mutlosen Tagedieb und . . . und . . . o, ich
 so entsetzlich, auch noch etwas anderes sagen

